

II-4344 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2155/J

1986-06-13

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Khol, DDr. König
und Kollegen
an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten
betreffend Österreichs Haltung zur fehlgeschlagenen Reform der
UNESCO

In einer früheren Anfrage der Abgeordneten Dr. Khol und Kollegen wurde bereits die Frage nach der österreichischen Haltung zur immer lauter werdenden Kritik^{an} der UNESCO gestellt. Insbesondere wurden folgende Fragen an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten gerichtet:

1. Teilen Sie die Kritik gegenüber der UNESCO betreffend unkontrollierte Machtausübung des Generaldirektors; anfechtbare Personalpolitik des Generaldirektors; schlechtes Management in der Verwaltung der UNESCO-Zentrale; Überpersonalbesetzung der Zentrale der UNESCO, Verschwendung des Budgets durch Doppelprogrammarbeit; einseitige Beeinflussung der Programmarbeit entgegen dem demokratischen Verständnis von Menschenrechten und Grundfreiheiten?
2. Wenn ja, welche Maßnahmen haben Sie im Wirkungsbereich Ihres Ministeriums angeordnet, um diesen Kritikpunkten Rechnung zu tragen und auf eine Verbesserung der Arbeitsstruktur der UNESCO hinzuwirken?
3. Sind Sie bereit, die entsprechenden Demarchen der schweizerischen und amerikanischen Regierung zu unterstützen?
4. Wie lauten die konkreten Weisungen, die Sie der Botschaft bei der UNESCO erteilt haben, um den Kritikpunkten Rechnung zu tragen und der Mißwirtschaft abzuhelpfen?

In seiner Anfragebeantwortung vom 17.12.1984, Zl. 500.09.18/22-V.2/84 stellt der Bundesminister Mag. Leopold Gratz fest, daß der Kritik an der UNESCO in nicht unerheblichem Maße beigeplichtet werden könne. Es werde österreichischerseits begrüßt, daß die UNESCO sich zu Reformen bereit zeigt und in diesem Sinne das

Mandat des Temporären Komitees des Exekutivrates bis zur Generalkonferenz 1985 verlängert hat. Das Temporäre Komitee habe eine Reihe von Empfehlungen gefaßt, darunter die Stärkung der Rolle der Generalkonferenz und des Exekutivrates, eine Intensivierung der begleitenden Kontrolle der Programmdurchführung durch den Exekutivrat sowie Empfehlungen über die Herstellung des Konsenses, wie das Zentralisieren, die Straffung des Programms und entsprechende Prioritätensetzung, die Stärkung der Evaluierung der durchgeführten Programme sowie Empfehlungen betreffend den Personalsektor. Das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten unterstütze alle Reformbestrebungen, die geeignet sind, die UNESCO in die Lage zu versetzen, ihre Aufgaben mit optimaler Wirksamkeit zu erfüllen. Bundesminister Gratz betonte, daß diese Bemühungen "am besten durch Einflußnahme innerhalb der Organisation" erfolgen sollten.

Die österreichische Haltung war also vom Gedanken einer "Reformierung der UNESCO von innen heraus", zu der auch andere Länder wie beispielsweise die Schweiz, unter zweckoptimistischer Interpretation der Resultate der letzten Generalkonferenz in Sofia, Zuflucht genommen hatten, gekennzeichnet.

Inzwischen hat sich, wie in immer stärkerem Maße durchdringt, diese Haltung als Illusion erwiesen: die Mißwirtschaft in der UNESCO geht ungestört weiter; die Politik der UNESCO ist von einer einseitig ideologischen Vorgangsweise geprägt, welche die UNESCO immer mehr zum Propagandainstrument werden läßt.

Die Vereinigten Staaten von Amerika und das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland sind aus der UNESCO bereits vor längerer Zeit ausgetreten. Die österreichische Außenpolitik hat eine solche Vorgangsweise im Hinblick auf den Weg der inneren Reform abgelehnt.

In der Generalkonferenz im Herbst 1985 in Sofia wurde eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, die dieses Reformkonzept zum Gegenstand

- 3 -

haben. Insbesondere ging es um die Einsparung, um die Personalmißwirtschaft und um die Programmkonzentration.

Wenn die Informationen aus dem Bereich der UNESCO richtig sind, so geht die Mißwirtschaft ungetrübt weiter, insbesondere herrscht noch stärkere Willkür auf dem Personalsektor, im Zusammenhang mit der Personalaufblähung bzw. der mangelnden Einsparung im Hinblick auf die durch die Austritte notwendig gewordenen Reduktionen. Darüber hinaus werden die internationalen Beamten offensichtlich willkürlich behandelt. Auch die in Aussicht genommene Programmkonzentration hat nicht stattgefunden. Im Hinblick auf diese Entwicklung ist es notwendig, nach den Leitlinien einer österreichischen Politik in der UNESCO zu fragen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten folgende

A n f r a g e :

- 1) Wie beurteilen Sie die Entwicklung der UNESCO?
- 2) Sind Sie der Ansicht, daß die notwendigen Reformen zumindest eingeleitet sind?
- 3) Wie lauten die wesentlichen Reformbeschlüsse von Sofia (Generalkonferenz) im einzelnen?
- 4) Wie wurden diese Empfehlungen Ihrer Beurteilung zufolge im einzelnen erfüllt?
- 5) Warum wurde vom Generaldirektor der UNESCO in einer Art Handstreich der einzige Rechnungsprüfer der UNESCO, ein Engländer, vorzeitig verabschiedet, sodaß derzeit kein Rechnungsprüfer bestellt ist?
 - a) Treffen diese Meldungen zu?

- b) Treffen die Meldungen zu, daß dieses Vorgehen satzungswidrig war?
 - c) Wie wird die Rechnungsprüfung der UNESCO sichergestellt, insbesondere im Hinblick darauf, daß einer der Hauptvorwürfe gegen die UNESCO die persönliche Mißwirtschaft in der finanziellen Gebarung durch den Generaldirektor ist?
- 6) Treffen die Kritiken an der Personalpolitik des Generaldirektors zu?
- a) Daß er im Gegensatz zu den Beschlüssen von Sofia bei der Personalreduktion auf die Nationalität der einzelnen Beamten Rücksicht nimmt, obwohl dies ausdrücklich in den Sofioter Beschlüssen ausgeschlossen wurde?
 - b) Trifft es zu, daß aus persönlichen Konfliktgründen ein hoher Beamter jugoslawischer Herkunft, Dragoljub Najmar, entlassen wurde?
- 7) Ist die von den Sofioter Generalbeschlüssen gewünschte Programmkonzentration durchgeführt bzw. eingeleitet worden?
- 8) Welche Haltung nimmt die österreichische Außenpolitik zur Frage einer Verlängerung, das heißt also Wiederwahl des derzeitigen Generaldirektors der UNESCO, ein?
- 9) Sind Sie darüber informiert, aus welchen Gründen die Bundesrepublik Deutschland und Japan den Austritt aus der UNESCO erwägen?